



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Geschleierter Lohnverhandlungen.

So kalt und frostig wie dieser lange Winter sind auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe. Man friert in ihrer Nähe und ein schweißiges Unbehagen ergreift jeden, wenn er von ihren eisigen Worten angeblasen wird. Ob der sehnlich erwartete Frühling, der mit Tauwetter und neu erwachendem Leben vor der Türe steht, auch ein Auferstehungswunder an ihnen vollbringen und den Eispanzer schmelzen wird, hängt ganz von den graphischen Arbeitern ab, die ihnen tüchtig einheizen müssen. Sonst werden die Prinzipale wie starr und leblos auch in der Gluthitze des Juli bleiben.

Am 27. Februar hatten die Vertreter der Gehilfen und Hilfsarbeiter wieder einmal das Vergnügen, mit ihnen am Verhandlungstisch zu sitzen. Es waren schöne Stunden des Beisammenseins, in denen eine muntere Unterhaltung über Erhöhung und Herabsetzung der Löhne geführt wurde. Die Prinzipale waren wie immer, wenn sich jemand ihrer empfindlichsten Körperstelle, der Brusttasche, nähern will, kalt-abweisend und förmlich-torrefakt. Sie hielten peinlich genau auf entsprechende Distanz. Es war absolut nicht an sie heranzutreten. Kleine wohlgezielte Würfgeschosse der Gehilfenvertreter — nur bildlich natürlich — prallten wirkungslos an ihnen ab. Sie sind, wie Mathias Claudius in seinem Liede vom Winter singt, „ernsthaft und auf die Dauer“. Weibenschafstlos und langweilig-lachlich doktrierten sie wie ein trockener Professor auf dem Lehrstuhl, „traurig, öd und leer“ war ihre Gegenwart. Nur einmal belebten sich ihre Mienen, als die Mittagspause herangekommen war. Da fuhr unter den Fenstern des Verhandlungstisches auf dem Rollendortplätz die Soufflékanone der Heilsarmee auf, aus der die Kermiten gratis gegesselt wurden. Dieses Bild muß ihnen freudig-nachgegangen sein. Sie sahen jedenfalls schon die lange Reihe der Gehilfen und Hilfsarbeiter bei dieser Feldküche angetreten, das Arme-Leute-Essen in Empfang zu nehmen. Bei der gebotenen Entlohnung dürfte auch dieser von ihnen ersehnte Idealzustand nicht mehr fern sein.

Zwei Forderungen standen sich gegenüber. Die Erhöhung des Spitzenlohnes auf 33 Mk. und der Abbau der derzeitigen Löhne um 20 Prozent. Wer Antragsteller jeder dieser Forderungen war, muß dem Schicksal unserer Leser überlassen bleiben. Auch die andere Partei meinte es ernst mit ihrem Antrage. Freiwillige Scherze machen die Unternehmer überhaupt nicht. Die Begründung des Antrages auf Lohn-erhöhung sollte das Elend des Buchdruckerarbeiters auf, das jeden Menschen eigentlich hätte aus Herz gehen müssen. War aller Mittel feyen die Arbeiter, die monatlang gehungert haben, wieder in die Betriebe zurück. An der jetzt anhebenden guten Konjunktur müsse auch die Arbeiterschaft teilhaben, die entschuldigend unter der Arbeitslosigkeit und der Inflationszeit gelitten habe. Eine ganze Reihe von Verteuerungen könne schon wieder aufgehört werden. Und der Redner führte auf, was alles im Preise angezogen hat. Der Versuch des Redners, auf die Prinzipalsvertreter einzuwirken, schlug fehl, mußte vergeblich sein, weil die Unternehmer sich nie von menschlichem Empfinden bei einer Lohnregelung bestimmen lassen. Für ihre Stellungnahme ist allein das, was sie Geschäft nennen, maßgebend. Bei der Verhandlung über die Ortszuschläge sahen es, als ob sie für die vielen in eine niedrigere Klasse versetzten Orte einen Ausgleich durch eine Lohnherhöhung bieten würden. Davon war ihnen nur aber nichts mehr im Gedächtnis haften geblieben. Der Zweck der Lokalschlagsverhandlungen sollte ihrer Ansicht nach eine Beseitigung der Auswüchse sein und an dem bestehenden Lohn haben sie nur aus Lokaltatsachen festgehalten. Die Unternehmer sitzen bei der Verhandlung am 27. Februar die Zahlen reden. Sie nannten Löhne aus anderen Gewerben, die durchweg niedriger waren, und taten sich darauf etwas zugute, daß sie mit so gutem, reichem Material versehen waren. Oft ist es allerdings schon anders gewesen. Da standen die Löhne im Buchdruck-

gewerbe weit hinter denen anderer an- und ungelerner Arbeiter. Niemand ist es den Unternehmern deshalb eingefallen, eine angemessene Lohnzulage zu bewilligen. Man verschänzte sich hinter der Ausrede: das Buchdruckgewerbe sei kein Konjunkturgewerbe und könne die Löhne anderer Berufe nicht zahlen, später aber, wenn wieder geregelte Verhältnisse bestanden würden, dann, ja dann —

Jetzt nun sind die deutschen Buchdruckerbesitzer ganz von der hohen Aufgabe in Anspruch genommen, die deutsche Wirtschaft mit retten zu helfen. Sie nehmen deshalb hohe Opfer auf sich und lassen es sich etwas kosten. Sie zahlen ihren Arbeitern Löhne, die längst hätten gekürzt werden müssen und ordnen längere Arbeitszeit an, in der sie die Maschinenbenützung, Licht usw. völlig unentgeltlich zur Verfügung stellen. Deshalb waren sie von der neuen Lohnforderung ganz überrascht, sie machte ein gemeinsames Arbeiten unmöglich, da sie sogar über die Friedenslöhne hinausgehe. Von der ansteigenden Konjunktur wollen sie erst nichts verspürt haben, besannen sich aber später doch darauf und fanden, daß die Mehrarbeit die Anfänge zur Besserung gebracht habe. Gefragt, wo denn nun die Verbilligung des Druckprodukts geblieben sei, die doch als Grund für die Verlängerung der Arbeitszeit immer angegeben wurde, entgegneten sie ... nichts.

Am Nachmittag des Verhandlungstages versuchte dann eine Kommission eine Verständigung herbeizuführen. Bei dem Versuch ist es geblieben. Die Tarifkommission konnte nur die Mittelteil entgegennehmen, daß eine Einigung nicht möglich war. Eine Lohn-erhöhung wurde von den Prinzipalen abgelehnt. Zum Schluß kam es noch zu einer Aussprache über die Sonderzulagen im Kreise II, von der die Unternehmer ebenfalls loswollen. Nach ihrer Ansicht sind mit dem Ablauf des alten Tarifs auch die Sonderzulagen gefallen. Die Arbeitnehmerseite ist anderer Meinung und hat darüber eine Entscheidung herbeigeführt.

Vor dem Reichsarbeitsministerium, das um Stellung eines Schlichters ersucht wurde, sind die Verhandlungen über eine Neuweisung der Löhne im Buchdruckgewerbe zum Abschluß gekommen. Am 4. März wurde unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsgerichtsrats Herrn Dr. Königsberger ein Schiedsgericht gebildet. In später Abendstunden fällt der Schlichter eine Entscheidung. Er bestimmte, daß die Löhne bis zum 28. März in derselben Höhe wie bisher weiter bestehen bleiben, lehnte also den Antrag der Prinzipale auf einen Lohnabbau sowie die Forderung der Arbeitnehmer auf Lohnherhöhung ab. In der mündlichen Begründung seiner Entscheidung hob der Schlichter hervor, daß der Zeitpunkt für eine Lohnherhöhung noch nicht gekommen ist. Allerdings wird der augenblickliche Zustand auch nicht von langer Dauer sein und daher die Fristsetzung bis 28. März. Für das besetzte Gebiet des Kreises II wurde die Sonderzulage von 20 Proz. ebenfalls durch Spruch des Schlichters bemessen. Die Erklärungsfrist der Vertragsparteien über diese beiden Entscheidungen läuft am 6. März mittags 12 Uhr ab. Bis dahin müssen sich beide Teile über Annahme oder Ablehnung äußern haben. Wie sich die Parteien erklären werden, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Wir müssen uns jedenfalls mit dem Gedanken abfinden, daß eine tarifliche Lohnherhöhung für März nicht in Betracht kommt.

Ein Nachwort.

Wie zu erwarten war, ist die Aufnahme der neuen Bedingungen, unter denen die Verlängerung des Reichstarfs für die Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen zustande kam, in allen Ziffern keine freudige gewesen. Schon im Verbandsvorstand und später dann auf der Gauleiterskonferenz war vorausgesehen worden, daß die neuen tariflichen Bestimmungen bei den davon betroffenen Mitgliefern keinen Jubel auslösen würden, ist aber auch damit gerechnet worden, daß unter Würdigung der derzeitigen Umstände und wirtschaftlichen Verhältnisse der neue oder alte abgelaufene Vertrag entsprechende Beurteilung erfahren würde. Diese Voraussetzungen sind in vollem Umfange eingetroffen und darum ist die Verbandsleitung auch nicht von den meist sehr abfälligen Äußerungen überrascht

worden. Trotzdem ist aus allen Meinungsäußerungen der Mitgliedschaften eine recht erfreuliche Laune in die Augen springend: Keine Entscheidung bemängelt die Tätigkeit unserer Vertreter in der Verhandlungskommission, immer wird auch in den zahlreichen Zuschriften an die Verbandsleitung anerkannt, daß unsere Verhandler dankenswerte Arbeit verrichtet haben und sie nicht schuld daran sind, wenn der lohnende Erfolg für ihre mühevollen Tätigkeit nicht im vollen Umfange erreicht wurde.

Bei der kurzgefaßten Frist, die für die Entscheidung über den Schiedspruch gegeben war, konnte die statutarische Bestimmung über eine Urabstimmung nicht eingehalten werden. Der Beschluß mußte den verantwortlichen Funktionären überlassen bleiben, die ihn nach ernster und reiflicher Überlegung und Aussprache im zustimmenden Sinne gefaßt haben. Aber hätten wir die Möglichkeit gehabt und würde uns genügend Zeit zur Verfügung gestanden haben, die Urabstimmung über das Ergebnis hätte sicher eine Mehrheit für die Annahme ergeben. Das beweist die Stellungnahme der verschiedenen Mitgliedschaften aus allen Teilen des Reiches, die sich wohl oder übel mit dem wenn auch manchem sehr dürftig erscheinenden Resultat einverstanden erklären mußten.

Damit ist die Sachlage gekennzeichnet. Die Anerkennung der Arbeiten unserer leidenden Funktionäre durch die Mitglieder und Ortsverwaltungen und die durchaus richtige Würdigung der Zeitumstände lassen eine Einsicht und objektives Urteilsvermögen bei der großen Mehrheit der Verbandsmitglieder erkennen, was angenehm abhelft von dem Verfallensbedenken einzelner vor gar nicht zu langer Zeit. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß viele der Alles-oder-nichts-Politiker, die die Mitgliederversammlungen mit ihrer Weisheit „beleben“, zum großen Teil wieder dahin gegangen sind, woher sie gekommen waren. Sie gehören meist wieder dem großen Heer der Unverstandenen an, für die eine Gewerkschaft keinen Wert hat. Man gönne ihnen Ruhe und Erholung, laufe ihnen um Gotteswillen nicht nach und warte ruhig, bis sie ihren ramponierten Verstandestöcken in Ordnung gebracht haben, durch Erfahrung gemüßigt und klüger geworden sind. . .

Manche Wendungen in der schriftlichen Urteilsaburteilung über den verlängerten Tarifvertrag deuten allerdings darauf hin, daß sich ihr Verfasser in einem, wenn auch vielleicht begrifflichen Irrtum befinden haben muß. Mißverständnisse müssen geklärt werden, wenn man sich ganz verstehen will. Es ist darum nötig, auf einiges genauer einzugehen und manches klarzumachen, was um so leichter ist, da im großen und ganzen der Wille zur Verständigung vorhanden ist. In den meisten großen Jobstellen schwärmt man von einem Dristarif, der augenblicklich als bester Zustand bei der Weigerung der Unternehmer angesehen wird. Man vergißt, daß man damit den Wünschen der Prinzipale nur entgegengekommen wäre. Sie wollen ja das Beste. Diese Laune allein sollte die Anhänger einer örtlichen Regelung ruhig machen. Was bei diesen rein lokalen Abmachungen herauskommt, sollte uns die Erfahrung gelehrt haben. Klagt man schon jetzt über Konjunkturrisiko, die die Unternehmer erzwingen, so würde man bei örtlichen Vereinbarungen, die zugegeben bei günstiger Geschäftslage sehr gute Bedingungen haben könnten, noch ganz andere Unternehmerpraktiken zu spüren bekommen. Ob in schweren Krisenzeiten die Unternehmer überhaupt zu einem Dristarif zu bekommen wären, ist nicht einmal fraglich. Sie würden sich hüten. Dabei soll der Abwanderung der Arbeiter in billige Orte noch nicht gedacht werden. Außerdem ist es weder dem Gewerbe, das uns ja ernähren soll, noch unseren rein persönlichen Verhältnissen zuträglich, wenn die Arbeitsbedingungen häufigeren starken Schwankungen ausgesetzt sind. Eine örtliche Regelung würde, darüber ist sich wohl jedermann klar, nur für große Orte möglich werden und dieser Zustand mußte unter allen Umständen vermieden werden, auch für die Folge; die Latit unserer Verbandsleitung kann nur in der eingeschlagenen Richtung weiter gelbt werden. Eine andere Einstellung bei der bestehenden Situation wäre unverständlich und würde auch von dem anderen Teil der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe, den Gehilfen, kaum Zustimmung gefunden haben. Ein gemeinsames Handeln und Vorgehen in dieser Richtung ist nicht nur zweckentprechend, sondern sogar unbedingtes und zwingendes Erfordernis. Gehilfen und Hilfsarbeiter sind, wie durchaus richtig ein Vertreter des Buchdruckerverbandes bei einer Konferenz ausführte, auf Gebeih und Verberd aufeinander angewiesen. Es könnte sehr nützlich sein und würde bei manchem schiefen Gedanken beseitigen, wenn in dieser Richtung nach einer Antwort auf die Frage „Reichstari oder nicht“ gefaßt würde. Wir sind nicht allein da im Buchdruckgewerbe, gegenseitige Rücksichtnahme ist geboten und hat uns bisher noch keinen Schaden gebracht. Wir möchten hier eine Auslassung des „Rorr.“ anfügen, die das Gehilfenorgan bei einer Besprechung des Reichshilfsarbeitertarifs gebracht hat:

„Bemerkten möchten wir allerdings, daß ein Wiederzukommen auf die Friedenslöhne im Gegensatz zu den Gehältern nicht im Interesse der Hilfsarbeiter liegt, wohl aber die Sehnsucht weiter Prinzipalstreife ist. Die Hilfsarbeiterlöhne sind nämlich durch die mit ihrem Reichthum entsprechende prozentuale Anleihe an die Gehälternlöhne in höherem Maße gestiegen, als es angeht bei früheren Höchstständen in selbständiger Entwicklung gegangen wäre. Die Zwangsausfüllung zum Buchhaltertarif ist durchaus nützlich für die Hilfsarbeiter gewesen.“

Sie die meisten ist ein Tarifabschluß — leider — nur eine Lohnfrage. Die erste Frage ist immer die nach dem Tarifprozenten, worunter die Entlohnung nach dem Verhältnis zum Verdienst der Gehältern verstanden werden muß. Es ist dabei schon so weit gekommen, daß ein edler Kritikus sich nicht mehr die Mühe gemacht hat, auf Markt und Kneipen seinen Verdienst auszurechnen und den in Vergleich zu den Resten der Lebenshaltung oder zu Löhnen in anderen Gewerben zu stellen — die bloße Tatsache, daß es 2 Prozent waren und nicht mehr, genügte zum Schimpfen. Auch die Lohnbestimmungen, bei denen wir, wie der „Korr.“ ganz richtig sagt, haben Haare lassen müssen, stehen nicht unangenehm und für alle Zeiten fest. Die Löhne zeigen sich bestimmt nach Angebot und Nachfrage der Ware Arbeitkraft. Nach dieser Preisermittlung erfolgt meistens ihre tarifliche Festlegung, die immer nur eine grundlegende Norm ist. Für besondere Leistungen und bei plötzlich eintretendem Bedarf nach gestellten Arbeitskräften — der ist jetzt sogar bei den Anlegerrinnen vorhanden — können die Löhne noch sehr auf aus besonders vereinnahmt werden; denn unsere Tarifhöhe sind Mindestlöhne. Da heißt es nun: Selbst ist der Mann. Der Weg steht jedermann frei, volle Unterstützung durch die Organisation ist sicher. In verschiedenen Orten sind während der letzten beiden Wochen schon gute Erfolge erzielt worden trotzdem ein Tarifbestand oder vielleicht gerade weil eine Mindestgrenze festgelegt war. Wir raten, sich auch auf diesem Gebiet regen zu betätigen.

Starke Minderheiten, wie es in manchen Entschlüssen heißt, waren für glatte Abschneidung des ganzen Tarifs. Sie werden auch von der Leitung erwartet haben, daß diese das Verarmungsergebnis verworfen hätte. Schon in Nr. 7 der „Solidarität“ wurde ihnen gesagt, wie ein Verbandsleiter seine Verantwortung aufweist und auflösen muß. Mit der Pose des starken Mannes wäre in unserem Fall nichts erreicht worden. Ein Tarifvertrag, nicht besser, als er jetzt aussieht, wäre auch ohne die Stimmen unserer Vertreter zustande gekommen. Der Kleinriß hätte diesmal nicht geholfen. Oder zweifelt jemand daran, daß ein mit den Stimmen der Prinzipale gefakelter Schiedsbruch nicht wirksam geworden wäre? Binnen 24 Stunden hätten wir seine Verbindlichkeit gehabt. Durch die Zustimmung unserer Vertreter gelang es jedoch noch einige Verbesserungen zu erlangen. Als Gewerkschafter müssen wir eine Politik des Möglichen verfolgen, kluges taktisches Handeln ist den Mitgliedern nützlicher als Raufmeistermanieren, über die sich Eingeweihte nur lustig machen.

Wir brauchen uns mit dem verlängerten Tarifvertrag durchaus nicht verärgern und werden überall damit bestehen können. Den Prinzipalen bereitet er allerdings größere Schmerzen. Die „Rechtskraft“ hat laure Mühe, den Reichthumsarbeiter den Mitgliedern des DVB schmachtlich zu raufen. Das ist nicht so leicht, wenn man noch kurz vor Tisch anders sprach. Doch hören wir jetzt ihre Kreie nicht. Hoffen wir, daß auch die führenden Herren im DVB, aus diesen Verhandlungen eine Lehre gewonnen haben. Wenn nicht, werden sie eben weiteres Schreißzahlen müssen, wie auch diejenigen in unseren Reihen, die durchaus mit dem Kopf durch die Wand wollen.

Proletarier und Presse.

Die Presse ist heute das beste Mittel zur Anekdota. Bemächtigen wir uns dieses Sabels, und die Presse wird das beste Mittel zur Befreiung sein. Wilhelm Diebstedt.

Im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ist es den Proletariern mehr und mehr zum Bewußtsein gekommen, daß sie als einzelne dem Unternehmern gegenüber nichts, als Waise zusammenzufinden. Eine Macht sind. Die ökonomischen Verhältnisse bedingen die Abhängigkeit

des Proletariats vom Kapitalismus. Der Arbeiter ist zur Ware geworden. Die Erziehung des einzelnen interessiert den Unternehmer wenig. Sein Interesse für die Arbeiterschaft geht höchstens soweit, wie es sein Bedarf an Arbeitskräften verlangt. Die eben vergangene Periode der Inflation und die jetzt auf uns lastende schwerste Form der Konjunkturschwankungen, die Krise, mit der Depression der Arbeiterschaft als Begleitergebnis, die Ausbeutung des Proletariats in dieser Zeit durch das Unternehmertum, beweisen mehr als alle Worte, inwieweit das Wohl der Arbeiterklasse die Unternehmer interessiert. Ihr Ziel ist nur die Erzeugung von Profit, auch eine ökonomische Notwendigkeit, die dem Kapitalismus innewohnt. Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus begann mit seiner Existenz, heißt es im „Kommunistischen Manifest“, und hinzufragen können wir, der Erfolg des Kampfes steigert sich in dem Maße, wie sich das Klassenbewußtsein, die Kampfmittel des Proletariats steigern. In dem Maße, in welchem die Arbeiterschaft verleiht, ihre geistigen und organisatorischen Kräfte zu sammeln und zu gebrauchen, in dem gleichen Maße wird erst die Einwirkung der Unternehmer der Eigeninnigkeit und später die Macht der Unternehmer der Kraft des Proletariats weichen. Mit derselben Schnelligkeit, mit der es der Arbeiterschaft zum Bewußtsein kam, daß sie als Klasse ein mitredender Faktor ist, mit eben derselben Schnelligkeit schuf und erweiterte sie sich ihre Organisationen. Durch diese Organisationen führt sie ihren Kampf um ihre wirtschaftliche Besserstellung, um die Hebung ihres geistigen und kulturellen Niveaus. Jedoch ist es im allgemeinen nicht die Selbstkenntnis des einzelnen Proletariats gewesen, die ihm den Weg zu seinen Klassengenossen gewiesen hat, sondern es war die Werbe- und Agitationskraft erst einseiner und später in mehrerer, die die Saumseligkeit ausrüttelt und sie zur Pflicht des einzelnen der Gelamtheit gegenüber überdacht haben. Große, harte Kämpfe hat es gegeben gegen den Unterstand der Massen, aber der Erfolg blieb nicht aus.

Aber nicht nur das gesprochene Wort ist es, das so überzeugende Wirkung ausgeübt hat, sondern dieses Wort hat in der Presse einen der wichtigsten Mitarbeiter gefunden. Die Presse ist ein Streiter im proletarischen Klassenkampf. Ohne Hilfe der Presse wäre es wohl nicht gelungen, das Werk der Organisation bis zu seinem jetzigen Stande zu bringen. Was die Rede des einzelnen oftmals nicht erreichte, das hat die Presse ohne Anstrengung geschafft. Den großen Wert der Presse erkannte die Arbeiterklasse schon frühzeitig. Deshalb finden wir schon frühzeitig die Presse in den Arbeiterorganisationen. Großer Wert wurde auf die Ausgestaltung der Presse gelegt, und heute hat die Arbeiterschaft mit den besten Presseorganen.

Wenn wir uns nun heute nach den Aufgaben der Presse fragen, dann könnten wir eigentlich aus der vorangegangenen Schilderung entnehmen, daß die Presse ihre Aufgabe für die Arbeiterklasse erfüllt hat. Groß und stark ist die Arbeiterklasse geworden, und nur gering ist die Anzahl derer, die den Weg des Klassenkampfes noch nicht betreten haben. Eine derartige Auffassung hieße den Wert der Presse völlig verneinen. Sie war bislang nur ein Mittel der Agitation, jedoch die größte Aufgabe steht ihr noch bevor. Die Aufgaben der proletarischen Presse können wir in folgende fünf Teile zergliedern: 1. Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft; 2. als Kampfmittel, 3. Agitationsmittel, 4. Bildungsmittel, 5. Mittel zum Zusammenbau der Mitglieder.

Die bürgerliche Presse ist ein reines kapitalistisches Unternehmen, denn ebenfalls nur die Profitstucht am Herzen liegt. Ihre Tendenz ist die Vertretung des Kapitalismus. Da die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Proletariats andere sind als die des Kapitals, darum hat die proletarische Presse ein Sprachrohr der wirtschaftlichen und politischen Interessen des Proletariats zu sein. Diese Interessenvertretung geht nicht passiv, und jede Zeitung wird darum den Kampfcharakter schon in sich tragen. Als Agitationsmittel kommt heute die Zeitung nicht mehr in dem Maße in Betracht wie früher. Jedoch hat sie noch große Agitationsarbeit unter dem Bürgertum zu leisten, um auch hier Teile, die infolge der kapitalistischen Entwicklung sich proletarisieren, mit ihrem Schicksal bekanntzumachen und ihnen die proletarischen Ziele einzupflanzen. Was die Presse als Agitationsmittel nicht zu leisten braucht, kann sie zu ihrer nächsten, der wichtigsten Arbeit verwenden, und das ist die Bildung und Erziehung der Arbeiterschaft.

Diese äußerst wichtige Aufgabe wurde bis heute viel vernachlässigt, und es gilt hier, veranlaßene Sünden gutzumachen. Die Aufgabe des Proletariats ist groß und mannigfaltig. Nur ein geschultes und mit dem nötigen Maß von

Wissen erfülltes Proletariat kann seiner Zukunftsaufgabe gerecht werden.

Der Handwerker des Mittelalters brauchte keine Presse. Ihm war es leicht möglich, innerhalb der Punkte Wanderungen in Politik und Wirtschaft zu erfahren. Die Größe der Organisationen ist mit der Größe des Proletariats gewachsen. Die geistige Verbindung der Arbeiter untereinander ist darum eine größere Notwendigkeit als die persönliche. Diese Verbindung herzustellen, ist Aufgabe der Presse. Eine Ueberbrückung der räumlichen und geistigen Trennung der Arbeiterschaft soll die Presse sein, und sie soll auch die so notwendige Verbindung zwischen der Masse und den Führern herstellen. Das Leben der Organisationen und das Leben innerhalb derselben soll sein Spiegelbild in der Presse finden. Die Ausgestaltung der Presse wird stets erkennen lassen, was Geistes die Mitglieder sind und wie groß ihre Aufnahmefähigkeit vorwärtsstreitet. Ein Spiegelbild der intellektuellen Stärke und des intellektuellen Lebens, des Kultur- und Bildungsniveaus, ein geistiges Massenorgan, die Rückkammer des Proletariats soll die Presse sein. Die Arbeiterschaft hat die große historische Aufgabe zu erfüllen, die Klassengegenstände zu beseitigen, an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Die Presse hat der Arbeiterschaft bei der Geburt und Erstarkung ihrer Organisationen geholfen, und ihre Arbeit läuft darauf hinaus, auch Geburtshelferin der sozialistischen Gesellschaft zu sein. Die Presse wird uns ein Mittel zur Befreiung sein.

Probleme der Arbeit.

Das Vorbringen der Deflation hat die nach Kriegsende mächtig entwickelte Arbeiterbewegung stark zurückgeworfen. Hatte sie sich nach dem Krieg neuen Zielsetzungen zuwenden, eine neue Epoche in der Industrie, welche durch die Mitbeteiligung der Arbeiter am Produktionsprozeß gekennzeichnet wurde, eingeleitet; so ist heute in fast allen Ländern in die Defensive gedrängt und muß ihre Kräfte zur Verteidigung des bereits Erreichten und zur Abwehr neuer Angriffe verwenden. Der Klassenkampf vollzieht sich eben nicht in großer Linie und die Rückschläge sind ebenso unvermeidlich wie die Wirtschaftskrisen, welche der vorwiegende Grund dafür sind. Nach dem Kriege bestand in den meisten europäischen Ländern ein Ortswirtschaftszustand zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Die wirtschaftliche Macht blieb zwar bei der Bourgeoisie, die politische aber ging auf die Arbeiterklasse über, woraus sich ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte ergab. Dieser Gleichgewichtszustand ist dann infolge von Wirtschaftskrisen und des Vorbringens der reaktionären Kräfte ins Wanken gekommen. In Deutschland wurde er völlig umgestürzt und hat der Diktatur der Bourgeoisie Platz gemacht. In anderen Ländern hat der ökonomische Gleichgewichtszustand nach rechts verschoben, während in England sich durch die Majorität der Arbeiterpartei — wenn auch als einer Minoritätspartei — ein ungefähres Gleichgewicht der kämpfenden Kräfte hergestellt hat. Wenn wir versuchen, welche Probleme neben den gemeinsamen wie dem ständigen Kampf um die Sicherung eines entsprechenden Anteils an dem Ertrag der Produktion die Arbeiterschaft des einen oder des anderen Landes beschäftigen, können wir daraus den Kräftestand der Klassen ableiten. Sehr bezeichnend hierfür ist es, welche Fragen zum Beispiel des englischen und das deutsche Proletariat beschäftigen. Einige von diesen möchten wir hier kurz ins Auge fassen.

Eine Anzahl von Erscheinungen in der englischen Arbeiterbewegung der letzten Zeit lassen sich auf Formulierungen bringen, aus denen man erkennen mag, was den Inhalt der Arbeiterbewegung der nächsten Jahre bilden dürfte. Ein neues Wort in England, „Populismus“, bezeichnet den Grundsatz, daß ein jeder Arbeiter das Recht auf einen menschenwürdigen Lebensunterhalt hat. Die Arbeitslosenunterstützungen reichen selbst in England nicht dazu aus, weshalb die sozialistische Gemeinde Poplar den unter das Armengesetz fallenden Arbeitslosen (deren Recht auf Unterstützungszahlung nach Ablauf einer bestimmten Zeit bereits erloschen war) im Bewußtsein ihrer vollen Verantwortung Unterführungen in einer Höhe gewährte, die den Betroffenen zu einem menschenwürdigen Dasein verhalf. Für diese Unterbreitung mußten die Leiter der Armenfürsorge, die sogenannten Poplar-Guardians, ins Gefängnis gehen und wurden vom früheren Wohlfahrtsminister mit schweren Geldstrafen belegt. Diese wurden nun, zur großen Enttäuschung im bürger-

Die vereitelte Hochzeit.

Die große Glocke auf St. Anskar brummte zwölf Schläge über die Stadt hin, und die Mandubur im „Kap der guten Hoffnung“ kungelte eifrig züßig nach. Das „Kap der guten Hoffnung“ war ein gut besuchtes Schifferhotel am Freitag, in dem die Kapitäne und Steuerleute der Lebereschiffe viel Geld ließen.

Als der Schiffer Söbber mit seinem Fischkutler soviel verdient hatte, daß es ihm eine kleine Verrückung abwarf, hatte er das „Kap der guten Hoffnung“ gegründet. Aber leider hielt er es für seine Pflicht, immer noch ein Glas mehr zu trinken als der stärkste der Kap-Gäste, und er hatte deshalb viel Streit mit seiner Frau Johanna, geborenen Bartentien und weil in diesem Streit die geborene Bartentien oft sagte, er tränkte er des Gefühls der Niedrigkeit mit neuen Grogg, bis er eines Tages auf der Kellertreppe auslief und aus Frau Johanna Söbber die Witwe Söbber machte.

Die statthalt und energische Frau behielt den Kopf oben, nahm sich einen Kellner und führte die Wirtschaft weiter mit dem Erfolge, daß sie bald die beschickteste am ganzen Hafen war.

Zeitlich sah Frau Söbber hinter dem mit Flaschen und Gläsern besetzten Saalkantisch, hatte die molligen Hände in die weiche Säure gelegt und sah gedankenvoll in den Hintergrund der Stube, wo noch einige wenige Zecher saßen.

An einem Tisch allein hatte der Kapitän Fers Nottebohm, hielt die in ihm- und groggewöhnliche Nase über ein dampfendes Glas und drückte vor sich hin. Frau Söbber betrachtete ihn halb traurig, halb feindselig. Kapitän Nottebohm war verlobt und sollte morgen heiraten, und zwar eine Freundin der Wirtn, die ver-

mögende, aber zungenstarke Katharine Wöller, ehrsame Jungfrau.

Bei dem Gedanken daran fühlte Frau Söbber etwas wie einen Stich im Herzen, denn Nottebohm war ein statthaltiger und gutmütiger Mann, den sie wohl selbst hätte erheben mögen, wenn er sie gefragt hätte — aber er hatte es eben nicht getan.

Den letzten Junggesellenabend wollte er noch in seinem Stammlokal verbringen, das liebte er, die Wöllerin aber schien ihm gleichgültig zu sein. Zorn, Neid und ein leises Wief mangeln sich in Frau Söbber zu einem seltsam unruhigen Gemisch.

Die Mandubur hatte ausgeklungen, da fand die Wirtn auf, strich die Schürze glatt und rief in die Stube hinein: „Freierabend meine Herren!“

Die Gäste wußten, daß es dagegen keinen Widerspruch gab, zählten und kloperten die Treppe hinauf, hinaus in die neblidde Herbrüderst.

Nur Kapitän Fers Nottebohm blieb sitzen.

Die Mandubur heranz: „Schluß für heute, Kapitän. Wir wollen schlafen gehn!“

Aber Nottebohm blieb sitzen und brummte etwas vor sich hin wie: „Der Kapitän verläßt das Schiff nicht, er geht mit unter!“

Frau Söbber stellte sich dicht vor seinen Tisch und stemmte die Arme in die Hüften: „Kapitän, Schluß! habe ich gesagt? Sie ist eine wahre Sünde, wenn man denkt, daß so'n Mann morgen noch seine Heirat soll!“

Sie rückte, denn ihr fiel ein, daß sie ja gar nicht nötig hatte, für anderer Leute Bräutigam zu sorgen, aber der Zorn wuchs und bewegte ihre Zunge, und es fünf Minuten um waren, hatte der Kapitän eine Schilberung gehört, die seinem allerdings gar nicht geschmeichelnden Porträt sehr ähnlich sah. Er schüttelte mit dem Kopf und wollte etwas erwidern, aber ein heftiger Schluß auf hörte

ihn so, daß er es ausgab. Darum sah er nur mit ährlichem Blick die Witwe an und legte seine breite Hand auf ihren festen Arm, den sie aber heftig weggoß.

„Hand weg, Sie alter Sünder! Du, mein Gott, wenn Sie Kathrin Wöller so sehen möcht!“

Aber auch der Name seiner Zukünftigen über keine Wirkung auf den Kapitän aus, und Frau Söbber mußte konstatieren, daß er nicht mehr nachgibt war.

Es tat ihr nicht weh, im Gegenteil; das war der Kathrin, der Schlang, schon recht, daß sie ihn so bekam! Sie selber freilich hätte ihn sich schon gezogen, aber: „Wilt int Water giff ten Frischsupp“ war schon der Resignations-spruch des seligen Söbber gewesen.

Aber war denn schon alles verloren? Rasche Gedanken fliegen in ihr auf und wollten nicht wieder gehen. — Inzwischen war Kapitän Nottebohm aufgestanden, hatte einen Taler auf den Tisch geworfen und fand vor der Witwe: „Na, denn adje — hup — Frau Söbber! Denn will ich man nach mein Schoner gehen — hup!“

„nen Augenblick, Kapitän; weils doch mit der lehte Abend ist!“

Sie nahm vom Saalkantisch eine Flasche, schenkte dem Schiffer sein Grogg und sah ein kleines Bildraas voll und steif mit ihm an: „Gute Fahrt denn morgen, Kapitän!“ sagte sie.

„Tant schön!“ grunzte Nottebohm, leerte das Glas und goß es noch einmal voll. Sie schien es nicht zu sehen, sondern rief den Kellner, der schlief an der Wand gekneht hatte: „Frisch, leuchte mit dem Kapitän die Treppe rauff!“

Nottebohm wendete schwerfällig wie eine Brigg, die zwei Tieglang hat, nahm den Kurs auf die Treppe und kletterte zur Tür hinauf.

Als er oben war, rief ihm Frau Söbber nach: „Halt, Kapitän! Wollen Sie nicht lieber hier bei Frisch schlafen?

lichen Lager, aufgehoben. Die politische Frage soll uns hier weiter nicht beschäftigen. Es soll hier nur der durch den Populismus in der Praxis übertragene Grundgedanke hervorgehoben werden, der nun trotz allem den Stempel der Regierung erhielt. Der jüngst bedachte Doctararbeiterfreit war neben dem Lohnkampf, der dort ausgetragen wurde, auch aus anderen Gründen von prinzipieller Bedeutung. Einmal ist hier die Forderung nach der „geschützten Woche“, nach der Ausföhrung des unmöglichen Zustandes, daß Arbeiter auf einen Tag eingestellt werden und ihre Beschäftigung für die kommenden Tage ganz unsicher ist, wo doch durch entsprechende Organisierung des Arbeitsmarktes diesem Zustand hätte abgeholfen werden können, mit Erfolg gekleidet worden. Freilich alle in der Produktion lebenden Klassen vorschlagen den Markt ihrer Produkte zu regulieren; in der letzten Zeit insbesondere auch die Landwirte. Es ist an der Zeit, daß auch der Markt, wo die Arbeitkraft angeboten wird, organisiert, die Einföhrung und Entlassung der Arbeiter unter wirksame Kontrolle gestellt wird. Tarifverträge und Betriebsräte tragen zur Organisierung des Arbeitsmarktes viel bei. Die Doctararbeiter haben ebenfalls ein wirksames Mittel zur Organisierung ihres Arbeitsmarktes durchgesetzt. Der Doctararbeiterfreit wurde dadurch zu einem raschen Ende geföhrt, daß die Regierung eine öffentlich verhandelnde Kommission zur Untersuchung des Konflikts entsandte. Diese konnte feststellen, daß an der Herbeiföhrung des Streits die Unternehmer schuld waren, und obzwar ihre Entschödigungen keine bindende Kraft hatten, war der Druck der öffentlichen Meinung groß genug, um die Unternehmer, die früher die Unterhandlung überhaupt ablehnten, zum Eintreten zu bringen. Diese Waffe, die Kontrolle der Öffentlichkeit und die Macht der öffentlichen Meinung, konnte in den Arbeitskämpfen bisher nicht genug verwendet werden, schon deshalb, weil die kapitalistische Presse die Sache der Unternehmer zu vertreten pflegt. Bei dem Plan der Wohnungsbauten — es sollen jährlich 120 000 bis 200 000 Wohneinheiten in England gebaut werden — kommt derselbe Grundgedanke zur Geltung wie beim Doctararbeiterfreit: den Arbeitern soll für eine lange Periode ein gesicherter Lohn und gesicherte Beschäftigung zugesichert werden. — In der Absicht der englischen Regierung, eine Arbeitskonferenz zusammenzubringen, die über die Ratifizierung des Washingtoner Vertrages über den Achtstundentag beraten soll, kommt vielleicht die Tatsache zum Ausdruck, daß in England das Gleichgewicht der Kräfte zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse sich seiner Wiederherstellung nähert. Die Arbeitszeit soll möglichst einheitslich geregelt werden, wenn nicht Unmöglichkeit der Produktionskosten zwischen den einzelnen Ländern entstehen soll. Doch viele Länder den Achtstundentag nicht annehmen wollten, war bisher, während der Zeit der Weltreaktion, ein willkommener Vorwand für andere, ihn ebenfalls zu verweigern, ohne den Versuch gemacht zu haben, die Widerstrebenden in das System hineinzubringen. Dieser Versuch soll jetzt in England gemacht werden. Die Arbeitslosenversicherung nach Industrien, bezugsweise eine jede Industrie für ihre Arbeitslosen aufkommen soll, wird jetzt in England ebenfalls wieder eifrig erörtert. Der Spitzenverband der Unternehmer hat das System in seinem jüngsten Bericht abgelehnt, auch ist die Stellungnahme der Arbeitergewerkschaften in dieser Frage nicht einheitlich. Würde aber dieser von einer Regierungskommission bereits anempfohlene Plan trotzdem verwirklicht, so würde dies einen wichtigen Schritt in der Richtung der industriellen Selbstverwaltung der Arbeiter bedeuten.

Die Veröberung der Kräfteverhältnisse in Deutschland und zwischen Arbeitern und Unternehmern im Laufe der Jahre kann an dem Beispiel der Zentralarbeitsgemeinschaft gut dargestellt werden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Angestelltenzentrale, der AFA-Bund, haben vor kurzem ihren Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft angekündigt. Diese Einrichtung — die für Italien vor kurzem durch Mussolini eingeföhrt wurde — bestand in Deutschland seit dem 15. November 1918, also seit dem Zusammenbruch. Damals drängten die Unternehmer, mit Stimmens an der Spitze, auf die Schaffung dieser Einrichtung, die als gemeinames Organ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Regelung der Arbeitsverhältnisse gedacht war. Die Grundlagen der Arbeitsgemeinschaft waren die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterinteressen unter Ausschluß der „gelben“ Verbände, das Recht auf Arbeit für sämtliche Kriegsteilnehmer, die ge-

Die Tariflöhne im Buchdruckgewerbe betragen ab 1. März 1924 für

Orts-zuschlag	Männliches Hilfspersonal im Alter von							
	über 24 Jahre		von 21—24 Jahre		von 19—21 Jahre		von 17—19 Jahre	
	verh.	lohn.	verh.	lohn.	verh.	lohn.	verh.	lohn.
%	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.
ohne	17,28	15,55	14,58	18,19	12,96	11,66	9,72	
2 1/2	17,71	15,94	14,95	18,45	13,28	11,96	9,96	
5	18,14	16,38	15,31	18,78	13,61	12,25	10,21	
7 1/2	18,58	16,72	15,68	14,11	13,93	12,54	10,45	
10	19,01	17,11	16,04	14,43	14,26	12,83	10,69	
12 1/2	19,44	17,50	16,40	14,76	14,58	13,12	10,94	
15	19,87	17,88	16,77	15,09	14,90	13,41	11,18	
17 1/2	20,30	18,27	17,18	15,42	15,23	13,71	11,42	
20	20,74	18,66	17,50	15,75	15,55	14,01	11,66	
22 1/2	21,17	19,05	17,86	16,07	15,88	14,29	11,91	
25	21,60	19,44	18,28	16,40	16,20	14,58	12,16	
Gamb.	22,18	19,88	18,66	16,80	16,9	14,93	12,44	
	22,40*	20,24*	19,05*	17,15*	16,93*	15,24*	12,70*	
	22,95†	20,66†	19,44†	17,50†	17,26†	15,56†	12,96†	

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Orts-zuschlag	Anlegerinnen im Alter						Sonstige Hilfsarbeiterinnen im Alter			
	über 24 Jahre		von 19 bis 24 Jahre		von 17 bis 19 Jahre		über 24 Jahre		von 19 bis 24 Jahre	von 17 bis 19 Jahre
	verh.	lohn.	verh.	lohn.	verh.	lohn.	verh.	lohn.	verh.	lohn.
%	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.	Str.
ohne	10,69	9,62	8,55	8,75	7,87	7,18				
2 1/2	10,98	9,86	8,77	8,97	8,07	7,18				
5	11,28	10,11	8,98	9,19	8,27	7,95				
7 1/2	11,58	10,34	9,19	9,41	8,46	7,57				
10	11,76	10,59	9,41	9,63	8,66	7,70				
12 1/2	12,03	10,83	9,62	9,85	8,66	7,88				
15	12,30	11,07	9,83	10,06	8,66	8,05				
17 1/2	12,57	11,31	10,05	10,28	9,25	8,28				
20	12,83	11,55	10,28	10,50	9,45	8,40				
22 1/2	13,10	11,79	10,48	10,72	9,64	8,58				
25	13,37	12,08	10,69	10,94	9,84	8,75				
Gamb.	14,00	12,60	11,20	11,60	10,50	9,33				
	14,29*	12,86*	11,48*	11,91*	10,72*	9,58*				
	14,55†	13,12†	11,66†	12,15†	10,94†	9,72†				

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

meintame Regelung der Arbeitsvermittlung, die Anerkennung der Tarifverträge der Schlichtungsausschüsse und des Achtstundentages. In dem Maße aber, wie die Unternehmer sich im Laufe der Zeit im Besitz der wirtschaftlichen Macht auch die politische, zuerst nur hinter den Kulissen, als „Matgeber“ der verschiedenen Regierungen, später aber auch offen und klarbar anerkennen, wurde die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft immer fruchtloser. Die Ausfüöhrung derselben erfolgte jetzt zwar von Seiten der Arbeitnehmer; im wesentlichen aber war sie nur eine Folge der veränderten Machtverhältnisse. Die Unternehmer haben nämlich sämtliche oben erwähnten Grundgesetze der Arbeitsgemeinschaft umgeworfen. Sie föhren einen unerbötlichen Kampf gegen den Achtstundentag, Tarifverträge, Schlichtungsverfahren. Es hätte keinen Sinn gehabt, an einer Einrichtung festzuhalten, in der, wenn sie überhaupt noch tätig bliebe, die Arbeitnehmer nicht als eine gleichgestellte Macht erscheinen könnten. Daran läßt sich die Größe des Umschwungs erkennen: selbenerzeit waren es die Unternehmer, die nach Einbuße ihrer politischen Macht auf die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft drängten, ihre Mitwirkung unter Anerkennung sämtlicher Rechte der Arbeiterverföhrung für geradezu aufgezwungen haben. Da die wirtschaftliche Macht bei ihnen blieb, war die Arbeitsgemeinschaft in der Tat ein Ausdruck des Gleichgewichtszustandes zwischen Unternehmer und Proletariat. Der Mangel an Vertrauen hat die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft bereits in ihrem Anfang unterbunden, bis sie nun in-

folge der geschilderten Umstände gänzlich eingestell wurde. Der Klassenkampf wird sich dieses Organs nicht mehr bedienen. Die Aufzöberung der Arbeitsgemeinschaft ist an sich keine bedeutende Angelegenheit, sie kann aber nur als Symbol der veränderten Zeiten gelten. Es werden aber auch andere Zeiten kommen, wo Stimmens und sein Gefolge wieder auf die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft drängen werden. Von den Kräfteverhältnissen, die zu dieser Zeit vorhanden sein werden, wird es dann abhängen, ob die neue Arbeitsgemeinschaft gegründet wird oder aber die Arbeiter-schaft ihre Ziele ohne eine solche besser verwirklichen kann.

Aus den Zahlstellen.

Frankfurt a. M. Am 29. Februar nahm die Frankfurter Kollegen-schaft in zwei überfüllten Versammlungen Stellung zu dem Schieds-spruch zwecks Erneuerung des Reichs-schieds-schlichter-tarif-spruch der Kollege Kolb wies nach, daß die Frankfurter Kollegen-schaft schon frühzeitig, und zwar erstmals im Jahre 1907, wenn auch noch klein an Mitgliederzahl, jedoch durch festes und treues Zusammenhalten es verstanden habe, sich tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Genau wie diesmal, so war es auch im Jahre 1912, daß die Frankfurter Prinzipale ein weiteres Tarifverhältnis mit uns abzulehnten. Die Geschlossenheit und der Kampfesmut der Frankfurter Kollegen-schaft brachten es doch zuwege, daß die Frankfurter Prinzipalitäten einen weiteren Tarifvertrag mit uns einging, der bis zum Inkrafttreten des Reichs-schieds-schlichter-tarif-spruches werden konnte. Als nun an Stelle der örtlichen Tarife am 1. Januar 1921 der Reichs-schieds-schlichter-tarif trat, wurde derselbe auch seitens der Frankfurter Mitglied-schaft begrüßt. Nicht immer hat dieser Reichs-schieds-schlichter-tarif unseren örtlichen Verhältnissen entsprochen. In den letzten Jahren der Inkraftsetzung stand die Frankfurter Kollegen-schaft mit ihren Lohnverhältnissen gegenüber anderen Berufen an letzter Stelle. Als im November 1923, trotzdem der Reichs-schieds-schlichter-tarif noch nicht abgelaufen war, die Löhne des Hilfspersonals um 5 Proz. getriggt wurden, hatte die Frankfurter Kollegen-schaft jedes Interesse an dem Reichs-schieds-schlichter-tarif verloren und demzufolge verlangt, daß an Stelle des Reichs-schieds-schlichter-tarif-spruches nur ein örtlicher Tarifvertrag abgeschlossen werden sollte. Unsere Kollegen-schaft in Frankfurt a. M. war hoch erfreut, als sie die Nachricht erhielt, daß die Arbeitgeber ebenfalls von dem Reichs-schieds-schlichter-tarif nichts wissen wollten, was doch hierdurch der Wunsch Frankfurts, vom Reichs-schieds-schlichter-tarif loszukommen, erfüllt. Wenn wir trotz alledem wieder einen Reichs-schieds-schlichter-tarif haben, und wenn auch trotz aller Mängel, die dieser Reichs-schieds-schlichter-tarif aufzuweisen hat, die Gauleiter dem Schieds-schlichter-tarif zustimmen, so waren hierfür besondere Umstände maßgebend, die Redner der Kollegen-schaft ausführlich unterbreitete. Der nun abgeschlossene Reichs-schieds-schlichter-tarif bringt einer ganzen Anzahl Zahlstellen im Reich eine fünfprozentigen Lohnabnahme durch die Herabsetzung der Lokalaufschläge, in einer Reihe von Zahlstellen eine weitere Herabsetzung der Löhne um weitere 2 1/2 Proz. Die Herabsetzung der Fertigtage, wie der Verlust der Berufsurlauben seien von aus-schlaggebender Bedeutung. Ein großer Teil der Kollegen-schaft, die bis zu 20 Jahren in Betrieben beschäftigt gewesen war, wurde am Ende vorigen Jahres wegen Arbeitsmangel entlassen. Diese Kollegen-schaft, die teilweise bis zu 12 Tage Ferien hatte, haben in diesem Jahre auch nicht einen einzigen Ferientag zu erwarten, da sie in anderen Betrieben Arbeit gefunden haben. Es sei höchst zu bedauern, daß in der Ferienzeit kein besseres Rekrutiert erzielt worden sei. Unsere Aufgabe ist es nun, die Zeit bis zum Ablauf des Tarif-spruches zu nützen, damit an die Stelle des jetzigen Tarif-spruches ein gesunder Tarif als besserer Tarif gestellt werden könnte. Aus den ausgeführten Ursachen heraus ersuchte Redner die Kollegen-schaft, sich mit dem Schieds-schlichter-tarif abzufinden.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Ein großer Teil der Kollegen-schaft verlangte die Ablehnung des Schieds-schlichter-tarif-spruches und forderte den Ortsvorsitzenden auf, mit der Prinzipal-schlichter-tarif-Organisation in Verhandlung zu treten, um an Stelle des Reichs-schieds-schlichter-tarif-spruches einen Orts-tarif herbeizuföhren. Ein anderer Teil der Kollegen-schaft teilte den Standpunkt des Referenten und ermahnte, die Gründe zu würdigen, die die Gauleiter bestimmt hätten, dem Schieds-schlichter-tarif zuzustimmen. Sie forderten ebenfalls auf nach festem Zusammenhalt alle auf, damit zur gegebenen Zeit der Schaden wieder repariert werden könnte.

Nachdem einlos örtliche Anwesenheiten ihre Erledigung gefunden und nochmals auf das Monogramm der

Es ist draußen so neblig. Sie finden ja nicht auf Ihr Schiff!

Aber Rottebohm winkte nur mit der Hand ab, stößte über das Schwellenholz und verschwand im Nebel.

Fritz, der Kellner, schloß im „Kap der guten Hoffnung“ die Lampen aus, rückte die Stühle zusammen und ließ polternd die Tür zusallen, um den Eisentrampfen vorzuliegen.

Frau Stöber stand mitten im Zimmer, ließ die Arme hängen und sann nach. Fritz war fertig und schlurte nach hinten, da sagte die Wirtin pföflich: „Fritz, kommen Sie mal her. Wollen Sie heute noch fünf Faler verdienen?“ Fritz wurde sofort munter und nickte eifrig.

Sie setzten sich auseinander, was sie von ihm wollte. Fritz nickte immer wieder mit dem Kopfe, dann sagte er: „Will good! Se geh em gilt's nah!“ nahm die Mütze vom Haken, öffnete die Kellertür und entschwand auf der Straße.

Kapitän Rottebohm war inzwischen im Nebel weiter getraut. Trotzdem er seine „Adelnie“ gewaltig überschritten hatte, hielt er ganz auf die Richtung auf den Kai zu, wo sein Schoner lag. Nur kreuzte er fortwährend die Straße und rammte an die Laternenpfähle.

Nicht neben ihm tutete etwas, ein Licht blöhte auf, und ein Auto schoß vorbei, das der Nebel gleich wieder verdrängte.

Der Kapitän ruckte erschreckt den Laternenpfahl, hielt sich fest und suchte laut vor sich hin: „Versuchts Wirt-schaft! Mar das nu ne heutbe oder n Wirt-schauer? Sa ist ja ein verammelter Zufall! Pföflich mitten in der Nacht neue Seemann! Das achert ja vors Seeamt!“

Da tauchte aus dem Nebel Frau eine menschliche Gestalt, der Kapitän hielt inne und sagte: „Stopp! Sie fahren mich ja über den Haufen!“

Aber Fritz, der Kellner, dem der laute Zorn des Kapitäns seinen Elanort verraten hatte, sagte: „Brühigen Sie sich, Kaptein, ich bin 'l! Nu wöhlt mi mal nah Ihr Schipp geh!“

Rottebohm war viel zu betrunken, als das ihn der unvermutet erscheinene Helfer genudert hätte; er legte befriedigt den Arm um Fritzens Schulter und schob mit großen Schritten voran.

Fritz leitete die Fahrt und steuerte den Kapitän geschickt den Kai entlang. Jetzt hörte man auch schon das klärende Wasser an den Dalben und Steinmauern plätschern; der Kapitän wollte nach links abgeben und sagte: „Jetzt dreht Strich Backbord, da drüben liegt meine An-na!“ Fritz bog ab, und sie marschierten die Reihe der Schiffe entlang, die leise schaukelnd an den Lauen lagen.

Jetzt hatte Fritz den Namen „Anna“ hoch über sich an den Balken eines dachstuhligen Schoners erbedet; er ging rasch weiter und zerpte den Kapitän mit, der anfing, schärfer den Kopf hängen zu lassen.

„Sie möten sich Irrt erben, Kaptein,“ sagte Fritz, „op düsse See liegt Ihr „Anna“ nich.“

„Doch, sie muß!“ beharrte der Kapitän; aber Fritz stritt dagegen und jagte zulezt: „Wo soll se denn liegen, wenn 'en on den Kai kommt, rechts oder links?“

„Backbord!“ antwortete Rottebohm.

„Na also, da hefft wi, wi hefft jo op de falsche See! Sacht,“ erklärte Fritz leichthinnig.

Rottebohm gab nach und ließ sich auf die andere Seite führen.

Fritz suchte im Nebel die Schiffe zu erkennen, endlich fand er einen kleinen Zweimakter, der wie ein Fischfutter aus-sah. Große Ordnung schen auf diesem Schiff nicht zu herrschen, denn man hatte nicht einmal das Laufrettel zur Nachzzeit wenngenommen.

„Hier is Ihr „Anna“, Kaptein!“ sagte Fritz.

Rottebohm war halb im Schlaf und gina über die Planke auf den Kutter, sorgfältig von Fritz geführt. Nun waren sie auf dem Deck. Fritz klappte im Dunkel umher und stieß an ein paar Fässer, über denen eine Besenmündung lag. Er zerrte sie herunter und holte den Kapitän, der jetzt von selbst auf das feste, feste Tuch niederlief, sich ein paar mal herumdrehend und sofort einschlief.

Fritz blieb einen Moment stehen, bis der Kapitän zu schmerzen anfang, dann ging er vorsichtig vom Deck über die Planke zurück und trabte eilig über die Steinplatten des Kais dem „Kap der guten Hoffnung“ zu, wo ihn die Witwe Stöber erwartete.

Nachdem er seinen Bericht abgestattet hatte, nickte sie befriedigt und zählte fünf Talerstücke auf den Tisch. —

Als am nächsten Morgen die Sonne gegen elf Uhr den Nebel bekämpft hatte und über See und Hafen schien, sah sie die Jungfrau Kathrin Müller mit den Trauzweimen, die verjät und raltos den Bräutigam suchten. Und Kathrin Müller setzte sich auf einen Stuhl, meinte zuerst — und pres sich dann glückselig, daß sie einen solchen Lumpen und Wiederhänger nicht zu heiraten brauchte.

Und auf der See schwamm ein kleines Schiff, auf dessen Deck die Mannschafft hinter Ent-fässlern einen fest schlafenden Menschen erbedet hatte, den sie lange Zeit verbögdlich aufzuwecken versuchte.

Und als er endlich erwachte und erfuhr um sich sah, fragte er entsetzt: „Wo bin ich denn? Ich soll doch heute um zehn heiraten!“

Da riefen die Schiffer, die laufend um ihn herumstanden: „Es ist Kloß Uffe; und Sie sind zehn Meilen vor Selgoland auf dem Heringskutter „Fintenwärdel!“ Und wir bleiben zwei Wochen auf See!“

„Solidarität“ hingewiesen wurde, kam eine Resolution gegen eine partei Winderheit, die die Ablehnung des Reichstatts verlangte, zur Annahme, in der es heißt:

„Dieser Reichstatts entspricht nicht den Wünschen der Frankfurter Kollegenchaft, da in diesem Tarif die vor dem November 1923 gültigen Prozentsätze nicht wieder eingestellt worden sind, so daß der Reichstatts für die Frankfurter Kollegenchaft eine gewaltige Lohnvermehrung bedeutet. Die Abschließung der Ferienfrage wie auch der Wegfall der Berufserlöse machen es der Frankfurter Kollegenchaft ungemünch, sich für den Reichstatts zu entscheiden. Wenn die Frankfurter Kollegenchaft trotz aller dieser Bedenken dem Reichstatts zustimmt und für seine Durchführung sich verpflichtet, so nur aus diesem Grunde, weil sie ganz bestimmt erwartet, daß aus diesem Konjunkturlohnstatts nach seinem Ablauf ein für die Kollegenchaft besserer Reichstatts zustandekommt. Der Zentralvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne zu wirken und alles daran zu setzen, daß bei passender Gelegenheit Schritte unternommen werden, um einen für die Kollegenchaft Deutschlands annehmbaren Reichstatts zu schaffen. Die Frankfurter Kollegenchaft ibererseits verpflichtet sich, durch strenge Organisation und treues Zusammenhalten in dieser Hinsicht dem Verbandsvorstand diese Arbeit zu erleichtern.“

Mainz. Die Mainzer Kollegenchaft nahm am 22. Februar in einer gut besuchten Protestversammlung Stellung gegen die Verschlechterungen der Lohnbedingungen usw. im neuen Reichstatts. Der Vorsitzende gab eingehend die abgeänderten Bestimmungen des verlängerten Tarifes bekannt und kritisierte die Auswirkung, die sich für die Mainzer Kollegenchaft ergibt. Obwohl man auf verschiedenes in Bezug auf den evtl. Reichstatts gefaßt war, ein solches Danaergeschenk hätte man in Städten von weit über hunderttausend Einwohnern nicht erwartet. Wie schon festzustellen sei, hätten die Mainzer Prinzipale reiflos den durch den Tarif protektierten Lohnabbau vorgenommen, einige seien in ihrem Eifer sogar noch weiter gegangen. Daß die Bäume der Prinzipale nicht in den Himmel wachsen, wird ihnen hoffentlich bald klar werden. Mit einer gereizten, unzufriedenen und hungernen Arbeiterchaft kann das Gewerbe nicht gefunden. Die Beweggründe, die die Gaulteier bewog, dem Schiedsspruch zuzustimmen, kann man vollaus würdigen. Doch wäre das Unheil und die Verwirrung nicht größer geworden, hätten sie das Konstrum abgelehnt. Trotzdem empfahl der Redner, den gegebenen Umständen gemäß Disziplin zu halten, den Tarif in dieser Form über den 31. Mai hinaus aber abzulehnen.

In der Diskussion wurden scharfe Worte der Beurteilung dieser Kolgeburt von Tarif gesprochen. Es wurde festgelegt, daß der Lohnabbau konsequent vorgenommen wurde, selbst bei den ältesten und tüchtigsten Leuten. Der Faktor eines Musikverlages (amischer Betrieb) war in seinem gehobenen Eifer noch päpstlicher als der Papst und zog den Einzelnerinnen den doppelten Betrag ab. Streng beurteilt wurde das unkollegiale Verhalten einiger Kolleginnen, die durch ihr kleintliches Benehmen das Gesamtinteresse schädigen. Folgende Resolution wurde am Schluß der Versammlung angenommen:

„Die am 22. Februar im „Goldenen Flug“ versammelten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Mainzer Buchdruckereien nehmen Kenntnis von dem durch Schiedsspruch verlängerten Reichstattsarbeitertarif, der hauptsächlich in seinen Lohn- und Ferienbestimmungen für die Mainzer Hilfsarbeiterchaft ganz eminente Verschlechterungen birgt. Die Versammelten protestieren entschieden gegen den Lohnabbau, der in drei Monaten zum zweiten Male vorgenommen wird. Für Mainz, als eine der teuersten Städte des besetzten Gebiets, ist eine solche Maßnahme durch nicht gerechtfertigt. Dieser Tarif stellt eine Leberdrücker, sondern eine Verschärfung der Klassenungleichheit dar, da er als ein Produkt momentanen Machtgefühls bewertet werden muß. Die Versammelten fordern Revision des Tariffs oder seine entschiedene Ablehnung über den 31. Mai hinaus, da die darin enthaltenen Verschlechterungen für Mainzer Verhältnisse von der Kollegenchaft nicht getragen werden können. Die Versammelten halten den Zusammenbruch aller Berufs-Kollegen und -Kolleginnen als unerlässlich und sind gewillt, bis zur letzten Konsequenz für die Zurückeroberung ihrer früheren Position einzutreten.“

München. Am Mittwoch, den 27. Februar 1924, fand in den „Colosseum-Bierhallen“ unsere diesjährige Jahres-Generalversammlung statt, in welcher der Vorsitzende Bericht erstattete über das abgelaufene Geschäftsjahr. Durch die Befreiung des Ruhrgebietes ist dem Deutschen Reich das einzige Lebensschubmittel genommen worden, und die Einkommensquelle des Staates war nur der 10prozentige Steuerzuschuß der Arbeiter und Angestellten, währenddem die Schinerindustriellen, Großgärtner und wie alle diese Leberpatrioten heißen, es vornehmlich verstanden hatten, sich von den Steuern zu drücken und sich sogar von der Allgemeinheit noch aushalten lassen. Dazu kam die unglückliche Regierung Cuno, die dieser Gesellschaft das Geld geradezu mit vollen Händen in den Rachen warf; kein Wunder, wenn es deshalb so gekommen ist, wie es kommen mußte. Der Staat war gezwungen, immer mehr Papiersehe den drucken zu lassen, um seine Ausgaben einigermaßen decken zu können, und wie sich alles in der Welt nach Angst und Nachfrage richtet, so auch hier. Das Geld verlor täglich den Wert, während alle sonstigen Lebens- und Bedarfsartikel nicht nur täglich, sondern stündlich im Preise stiegen. Auf Grund dieser Latache war auch unsere Organisation gehalten, die Löhne den gegebenen Verhältnissen für ihre Mitglieder einigermaßen anzupassen, und eine Lohnbewegung jagte die andere. Der Vorsitzende erinnerte an den Kampf um die Inbegrenzkolbung — bis zur heutigen Goldmarkentkolbung —, der äußerst schwierig und zäh war. Die beachtlichsten gewaltigen Verschlechterungen konnten erstleutigerweise bis zu einem gewissen Grade abgewehrt werden. Der Mittwochabend ist bereits durchschäft, das deutsche Unternehmertum will die Arbeiterchaft noch weiter entziehen und zum Staunen herabdrücken; deshalb ist es notwendig, mehr noch als bisher sich zusammenzuschließen und nur den Wunschen der Organisationsleitung zu folgen, denn sie will wirklich nichts, was dem Hilfspersonal zum Schaden wäre. Daß die ungeheure Geldentwertung ebenfalls auf unsere Finanzen lastete, zeigte insbesondere durch einige Beispiele der Kassier, Kollege Bauer. Die beachtliche Verminderung der Gewerkschaften ist den Schärfmachern nicht gelungen, im Gegenteil, durch die gemeinsame Not haben wir gelernt und schon heute gefestigter da als je. Mit dem Dank an

alle diejenigen, die mitgearbeitet haben, insbesondere an unsere Vertrauensleute und Betriebsräte — und mit der Aufforderung: geht zu neuer Arbeit, neuem Mut und neuem Erfolg! schloß der Vorsitzende seinen Bericht.

Während der Bericht über den Abschluß der Neueregulierung der Goldmine im Steinbruggewerbe im allgemeinen eine lachliche Kritik erfuhr, gestaltete sich die Diskussion über den neuen Reichstattsarbeitertarif bzw. über den Schiedsspruch vom Reichsarbeitsministerium äußerst lebhaft. Nachdem die Unternehmer im Buchdruckgewerbe, insbesondere im Zeitungs- und Anzeigen- und Verlagswesen, und an Brutalität ihres Geistes zu sehen, wird das Hilfspersonal nach horter, angestrebter Tätigkeit geradezu mit Hungerlöhnen abgepefcht. Die Versammlung begrüßt es deshalb, daß bis auf weiteres die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung eingestellt wird und nur mehr Mittel für Streit und Genafregeln gelangt werden, denn das Münchner Hilfspersonal hat nach dem 31. Mai 1924 wirklich keine Luft mehr, nur in einem Vertragsverhältnis zu leben, um unbehindert bei Hungerlöhnen ausgebeutet zu werden. — Die Waf der Ortsverwaltung erprob keine Wenderungen und wurden sämtliche bisher amtierenden Verwaltungsmittelglieder wiedereingewählt. Kollegin Freidter wurde als weitere Vertreterin der Kolleginnen bestimmt. Unter Punkt „Verschiedenes“ vorwärts der Vorkehrungen noch einmal auf das Phänomen der „Solidarität“ und die „Freiwillige Sterbefalle“ und mit dem Appell, daß bei den kommenden Wahlen alle unsere Mitglieder — insbesondere unsere weiblichen — ihre Pflichten nicht vergessen und die Interessen der Arbeiterchaft vertreten, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Nürnberg-Fürth. In einer am 22. Februar abgehaltenen Versammlung des Buchdruckereigenen Berichtete Kollege Reding über die Beschlüsse der Gaulteierkonferenz sowie über den Abschluß des Reichstatts. Bei den Prinzipalen bestand keine Neigung zu einem Reichstatts, sondern man wollte nur in den großen Druckereien, wo man den „Frieden im Gewerbe“ gefährdet hielt, das Hilfspersonal tariflich binden. Besonders die kleinen Provinzprinzipale rebellierten am meisten gegen die Tarifierung, und zwar um so heftiger, je weniger sie selbst Hilfskräfte beschäftigten. Der Widerstand der Unternehmer wurde merktlich geringer, als das Hilfspersonal in mehreren Druckereien nach Ablauf der für uns noch geltenden Arbeitszeit die Betriebe verließ und Lebenslöhnen verweigerte. Bei dem jetzigen guten Geschäftsgang, wo die Buchdruckereien vielfach den Friedensstand an Hilfspersonal erreicht haben, täglich Neueinstellungen erfolgen und arbeitslose Kolleginnen am Ort nicht vorhanden sind, hätte man auch ohne Reichstatts durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß mehr erreicht als den Lohnabbau, der den Wiederaufbau des Gewerbes ermöglichen soll. Eingehend wurden vom Referenten die einzelnen Bestimmungen mit ihren Verschlechterungen dargestellt. Die Provinzprinzipale in den kleinen Orten wollen wieder wie in der guten alten Zeit durch Kolbung von Hungerlöhnen Schmutzkonkurrenz treiben. Der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums mit seinen Verschlechterungen stellt Nürnberg-Fürth außerhalb der Orte, die nicht abgebaut werden. Von der abgegebenen Versicherung einer lokalen Auslegung des Tariffs müssen wir erst Beweise haben, ehe wir daran glauben. Das Feste am ganzen Tarif ist die Gültigkeitsdauer, die bis 31. Mai läuft. Der jetzige bessere Geschäftsgang sollte jeden Kollegen und jede Kollegin veranlassen, seine Arbeitskraft höher zu bewerten und selbst zu verkaufen, eine Lohnerhöhung herauszuholen. Die Einstellung des Banknotendrucks sowie der verlorene Berliner Streik haben unsere Position wesentlich verfestigert. Die Sicherung des bisherigen Lohnes vor dem Abbau muß jedes Mitglied selbst in die Hand nehmen. Ist auch Nürnberg-Fürth bei den Verhandlungen stümmlicherlich behandelt worden, so muß es unsere Aufgabe sein, diese Scharte wieder auszuweichen. In der darauffolgenden Aussprache wurde die Mißbilligung in einer zum Teil stark erregten Weise zum Ausdruck gegeben und Fälle angeführt, die beweisen, in welcher unumhändiger Weise die Ausnützung der Konjunktur erfolgt. So sieht also die „Schlichtungsgemeinschaft des deutschen Volkes“, über die sich die bürgerliche Jurapresse täglich in schwingenden Artikeln begeistert, im eigenen Hause aus. Der Ausprägungsbeschuß des Deutschen Buchdruckervereins war wohl der Dank vom Hause Gutenberg für die korrekte Haltung der graphischen Arbeiterchaft in den langen Friedens- und Kriegsjahren und darüber hinaus. Die Empörung der Kollegenchaft über den neuen Tarif ist vollaus berechtigt, da die Kosten der Lebenshaltung am Orte keiner anderen Großstadt nachstehen. Bis zum Ablauf des Tariffs müssen wir unablässig für die Stärkung unserer Organisation bedacht sein, um so die Voraussetzungen zu schaffen für einen verbesserten Neuabschluß. Auch die Verhältnisse im Steindruck verlangen unsere vollste Aufmerksamkeit. Mit einem warmen Appell an die Kollegenchaft zur eifrigen Mitarbeit am Ausbau der Organisation fand die Versammlung ihren Abschluß.

Stuttgart. In der am 18. Februar gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete zuerst der Kollege Roferte den Kassenbericht des vergangenen Jahres. Schwere Wunden wurden uns durch die Inflation geschlagen. Aber schon machen sich wieder Zeichen der Besserung bemerkbar. Seitens der Kollegenchaft muß nun durch verschärften Opfern und Treue dem Verbands gegenüber gezeigt werden, daß sie gewillt ist, so schnell wie möglich die alte Schlagkraft des Verbandes wieder herzustellen, damit den Unternehmern gestützt, das Hilfspersonal nur als Ausbeutungsohjekt zu betrachten, ein baldiges Ende bereitet wird. Anschließend gab Kollege Werner nach dem Geschäftsbericht. Es wäre verfehlt, alles das hier niederzulegen, was das vergangene Jahr an Arbeit und Kassen gebracht hat. Mit Worten des Dankes gedachte er der schwierigen Arbeit der Vertrauenspersonen sowie aller Funktionäre der Jahrestelle. Mit neuen Kräften und frohem Mut wollen wir das neue Geschäftsjahr beginnen und alles daran setzen, die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu verbessern. Aber dazu bedarf es der Mitarbeit der gesamten Kollegenchaft. Auf Antrag des Kollegen Stempel wurden sämtliche Funktionäre per Akklamation wiedergewählt. — Hierauf berichtete Kollege Werner eingehend über die stattgefundene Gaulteierkonferenz. Seine lachlichen Ausführungen fanden die ungeteilte Zustimmung der Versammlung. Nach einer kurzen Diskussion fand nachfolgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute am 18. Februar 1924 im Gewerkschaftshaus

tagende gut besuchte Versammlung der graphischen Hilfsarbeiterchaft Stuttgarts nimmt Kenntnis von dem am 12. Februar vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Der Schiedsspruch bringt der davon betroffenen Arbeiterchaft eine Reihe Verschlechterungen. Wenn diesen Schiedsspruch trotzdem die Zustimmung zur Annahme erteilt worden ist, so sehen die Versammelten ein, daß dies im gegenwärtigen Moment das Gegebene war. Die Versammelten verlangen aber von den Instanzen des Verbandes, sobald die Möglichkeit dazu besteht, alles in die Wege zu leiten, die verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Die Versammelten ibererseits verpflichten sich, die Organisation nach besten Kräften zu stärken und alles daran zu setzen, daß eine restlose Erfassung aller Berufsangehörigen in der Organisation erreicht wird. Wer abseits steht, schädigt die Interessen der Kollegenchaft und stärkt damit die Position der Unternehmer! Nur Einigkeit und Geschlossenheit bringen uns vorwärts!“

Berlin. Auf Einladung erschien am 25. Februar der Gaulteier Heimmann-Rön zu unserer Versammlung, um die Bierterner Kollegenchaft in den für sie zuständigen „Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“ aufzunehmen. Die Kollegenchaft, die übermäßig im Buch- und Steindruck beschäftigt ist, bestand darauf, vom Hilfsarbeiterverbände mit allen erworbenen Rechten aus dem Buchdruckerverbände übernommen zu werden; ebenso wünschte sie von der Gaulteier die nötigen Schritte, künftig nicht mehr nach dem Sitzwarentarif, sondern dem Buch- oder Steinbrudertarif entlohnt zu werden. Nach eingehender Feststellung über die Befähigungswürdigkeit jedes einzelnen erklärte Kollege Heimann seine Bereitwilligkeit, den Wünschen der Kollegenchaft zu entsprechen. Er fürchte aus, daß die Hilfsarbeiterorganisation zweifelslos für die verarmte Kollegenchaft zuständig ist und er bereit wäre, den Wünschen der Kollegenchaft betr. Tarifs bei den demnächstigen Tarifverhandlungen für das Buchdruckgewerbe am Niederrhein oder durch einen besonderen Hausvertrag Rechnung zu tragen. Einstimmig erklärte daraufhin die Versammlung ihren Übertritt zu unserer Organisation. Der bisherige Vorstand wird die Geschäfte der neugegründeten Jahrestelle Bierien bis zu einer späteren Generalversammlung weiterführen. In einem kurzen Schlusswort wies der Gaulteier darauf hin, daß schon vor circa fünfzehn Jahren einmal eine Jahrestelle Bierien innerhalb unserer Organisation bestanden habe, also zu einer Zeit, wo der gewerkschaftliche Zusammenschluß bei der Hilfsarbeiterchaft — namentlich im Rheinlande — noch wenig an Boden gewonnen hatte. Er ermahnte, daß nunmehr die Jahrestelle von neuem, kräftigem Lebensimpulse erfüllt sein und der Hilfsarbeiterorganisation zur Freude gereichen möge. — Willkommen, Bierterner Kollegenchaft! —im—

Rundschau.

Die Löhne der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen sind nun durch Schiedsspruch am 15. Februar neu geregelt worden. Sie gelten vom 8. Februar bis einschließl. 20. März und betragen für Facharbeiter in der Spitze 50 Pf. je Stunde. Der Höchstlohn für Hilfsarbeiter ist auf 40 Pf. festgesetzt worden. Die Facharbeiterinnen über 16 Jahre erhalten im 5. Berufsjahr 31,5 Pf. und die Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre 24 Pf.

Der 5. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Sperantistenbundes findet zu Ostern 1924 in Chemnitz statt. Der Veranftaltungsausschuß wendet sich in einem Aufruf an alle Sprachtunigen und Interessenten aus Arbeiterkreisen und fordert zur Teilnahme an dem Kongress auf. Viele ausländische Genossen haben bereits ihre Teilnahme angemeldet. Die Anhänger der internationalen Hilfsprache wollen auf dem Kongress zeigen, wie sie bisher an der internationalen Verständigung der Arbeiterchaft gearbeitet und welche praktische Tätigkeit sie erlernt haben. Für die Tagung der Arbeiter-Sperantisten sind 4 Tage, vom 18. bis 21. April, in Aussicht genommen. Anfragen und Anmeldungen sind an Kurt Spiegel, Chemnitz, Uferstr. 37 I, zu richten.

Zahstelle Berlin!

Ein großer Teil Mitgliedsbücher von Kollegen und Kolleginnen, die als arbeitslos gemeldet wurden, befindet sich noch im Bureau. Sie sind umgehend, spätestens bis 16. März, abzugeben. Vom 17. März ab gelangen alle Mitglieder zum Ausschluß, die nicht bis dahin die 7. Beitragswoche gezahlt oder gestempelt haben. Im Interesse jedes einzelnen liegt es, sein Mitgliedsbuch bis zum genannten Termin abzugeben, respektive in Ordnung zu bringen. Besonders unsere Funktionäre und Kassierer bitten wir, die Mitglieder darauf hinzuweisen.

Am 16. März findet in der Philharmonie, Bernburger Straße, ein Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Dr. Stiebrg statt. Zum Vortrag kommen Werke von Beethoven und Schubert. Karten zum Preise von 1,25 Mk. (ohne Nachzahlung) sind im Ortsbureau bis 14. März zu haben.

Abrechnungen.

Vom 25. Februar bis 1. März gingen bei der Hauptkasse folgende Zahlungen ein:

- Gau 3. Stuttgart 100 Mk.
- Gau 4. Nürnberg 11,60 Mk.
- Gau 4a. Nürnberg 121,84 Mk.
- Gau 5. Dresden 300 Mk., Ebersbach 4,82 Mk.
- Gau 7. Potsdam 22,50 Mk.

Berlin, den 1. März 1924. J. Sobah I.

Rach längerem schweren Leiden verstarb unser langjähriger treuer Kollege
Julius Karstädt
(„General-Anzeiger“).
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die
Zahstelle Cottbus.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schullas, Charlottenburg, Weyersbergstr. 16. Fernspr.: Amt Berlin 1822. — Verleg: S. Sobah I., Charlottenburg. Verlag Ausgabe B für Groß-Berlin: M. Wankenburg, Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.